

Deutschnationale Zweideutigkeiten.

Von unserer Berliner Redaction.

(Berlin, 24. Sept. (Drahtb.))

Dr. Emil van den Boom-M.-Glabbeek.

Es bezeichnet einen gewaltigen Wandel in den unbilligsten Auffassungen gegenüber der Fortschritt, wenn heute in den maßgebenden Kreisen der deutschen Industrie und Wirtschaft überhaupt den Gewerkschaften die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmerverbänden nicht mehr abgepredigt wird. Nicht man ab von dem Novemberabkommen 1918, mo eine Anerkennung unter dem Druck des Zusammenbruches zum ersten Mal erfolgte, so wurde das Thema: Industrie und Gewerkschaft begw. Arbeiterbewegung nachdrücklicher herausgestellt (unter Bestimmung der maßgebenden Instanzen) auf der ersten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie im September des vergangenen Jahres. Seitens des rheinischen Großindustriellen Silberberg in einer vielvermerkten und späterhin vielbesprochenen Rede, die nach drei Richtungen hin ausging. Silberberg verhielte zunächst, daß die deutsche Industrie in ihren maßgebenden Kreisen sich nunmehr auf auf den Boden des heutigen Volksstaates stelle. Zweitens stellte er fest, daß es ein Fehler der Industrie allgemein und der Großindustrie im besonderen gewesen sei, daß sie nicht schon früher die Gewerkschaften als die gleichberechtigte Vertretung der Arbeitnehmer in der Volkswirtschaft anerkannt habe. Und drittens bezeichnete er eine grundsätzliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeberum für notwendig, denn so führte er aus: Man

...te einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist richtig; es muß heißen: es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben".

Man dürfte gespannt sein, ob und wie weit auf der
nächsten Tagung des Reichsverbandes, die Anfang die-
ses Monats in Frankfurt a. M. abgehalten wurde,
die Fäden des Herrn Silberberg wieder aufgenommen
und fortgesponnen werden würde. Das ist nun zwar
nicht von Herrn Silberberg selbst gewünscht, sondern
von dem ehemaligen geschäftsführenden Präsidialmit-
glied des Reichsverbandes, Geheimrat Dr. Fischer,
der heute dem Vorstand des großen Farbrustes ange-
sahen. Fischer machte in einem Vortrag „Die volks-
wirtschaftliche Einigkeit von Wissenschaft, Unternehmern
und Gewerkschaften im Rheinland“

der Wirtschaft im Produktionsprozess eine bedeutsame Ausprägung. Sie gehen davon aus, daß an die Stelle der individualistischen Wirtschaft des Einzelunternehmers mehr und mehr das Unternehmen trete, das von volkswirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußt werde. In die Stelle des Eigentümers trete der leitende Angestellte. In dieser Wirtschaft ist die Vollendung guter Leistungen nicht nur ein technisches Problem, sondern auch ein seelisches.

„Das technische Problem“, so bemerkte er, „werden wir meistern. Dagegen haben wir die menschliche und soziale Seite der organisatorischen Tätigkeit zum mindesten flüchtig vernachlässigt. Unsere Zukunft hängt aber wesentlich davon ab, ob wir auch diese herbeiführen können. An einer anderen Stelle betont Büchner: „Wir sind einer Zeit des Schicksals gegenüber zu stehen, die nicht nur durch eine sozialistische Ordnung im Sinne des Marxismus abgelöst werden kann, sondern wir müssen revolutionäristisch um Wirtschaftsformen kommen, die Härten und Ungerechtigkeiten beseitigen oder doch mildern.“

Nachdem er auf einer anderen Stelle bezeichnete er als notwendig, um eine engere Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, eine Kooperation, herbeizuführen: „Die Einkinklung des Volkes in eine gemeinsame wirtschaftliche Grundbeden, kurz, eine wirtschaftliche Einheit, die heraustritt auf eine Organisation des Wirtschaftenden als Dienst an der Gesellschaft, nach dem Beispiele der Vereinigten Staaten von Amerika.“

Wit der Frankfurter Industrie-Tagung und der
 derischen Rede beschäftigte sich der Allgemeine
 nische Gewerkschaftsbund, dessen Vorsitzender, L*e*i-
 rt, der als Präsident des Reichswirtschaftsrates
 Tagung bewohnte, in seinem Organ „Die Gewerkschaftszeitung“ (Nr. 37, 38). Auch hier erleben
 einen befruchtenden Wandel. Das Blatt
 Spitzenorganisation der freien (sozialistischen) Ge-
 werkschaften bemüht sich, bei aller Kritik, die es hier-
 zu anlegt, den Verhandlungen, die sich im wesent-
 lichen um die deutsche Qualitätsarbeit und deren
 aussetzungen drehte, mit reiblicher Sachlichkeit ge-
 gen zu werden, und vor allen Dingen auch die Be-
 rührungspunkte hervorzuheben, in denen sich In-
 dustrie und Gewerkschaften zur Erreichung obigen
 Zweckes begegnen können. Angesichts des Bänder-
 rates, das die geistigen, seelischen und
 schlichen Voraussetzungen für die Qua-
 itätsarbeit herausgearbeitete, bedauert das Or-
 gan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
 der Referent sich im wesentlichen darauf beschränkte,
 aufzuweisen und zum Nachdenken anzuregen,
 selbst auch die entsprechenden Antworten auf
 geben. Diese Veranstaltung kann man
 stehen, wenn man sich einer anderen Rede
 mnert, die Geheimrat Bähler Anfang April ebenfalls

Ein Interview des „Matin“.

Paris, 24. Sept. Sauerwein veröffentlicht im „Matin“ ein Interview, das ihm Reichsaussenminister Dr. Sirefemann über die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg in Tannenberg gewährte.

Die Redaktion des Blattes leitet das Interview mit der Bemerkung ein, aus den Erklärungen Dr. Stresemanns gehe deutlich hervor, daß dieser den Standpunkt des Reichspräsidenten vollkommen teile. Bortolau sowie Tendenz der Erklärungen Stresemanns würden nicht verschiden die französische Öffentlichkeit auf das unangenehme zu überwiegen. Diese Bemerkung der Redaktion bringt ferner aus Souverain in seinen einleitenden Worten zu dem Interview zum Ausdruck.

Dr. Siegfemann erklärte: Ich bin nicht nur über-
rascht, sondern es wunderte mich, daß die Rede des
Reichspräsidenten Hindenburg bei der Einweihung des
Denkmals in Tannenberg in so hohem Maße als Sen-
sation wirkte. Die Rede bringt nichts anderes, als
was bereits vorher, zum Beispiel von Reichsführer
Hitler am 28 August 1924 und von mir selbst in meiner
Eigenheit als Außenminister in Gagen unter der
Präsidenschaft Ebert

während des Ruhrkonfliktes in viel schärferer Weise zum Ausdruck gebracht wurde. Im übrigen ist die Rede durch die Umstände und die Entwicklung der Situation in der letzten Zeit begrifflich. Man muß auch beachten, daß in Deutschland weit weniger als in Frankreich derartige Denkmalsentweidungen von Ministerreden begleitet werden.

In Frankreich wird ständig auf die Kriegserinnerungen und die Vergangenheit zurückgegriffen.

Der den amerikanischen Regionären berechnete Empfang und die damit zusammenhängenden militärischen Salariatszeiten seien auf die Maßzahl 100

gegründet. Bekanntlich, von Hindenburg hat, indem er im Amte ist, meines Wissens kein einziger Denkmahl, daß dem Kriege irgendwelche, eingeweiht. In Lannenburg wurde sein Werk gefeiert, ein Werk, das mit seiner Persönlichkeit auf das engste verknüpft. Hindenburg befand sich in Lannenburg auf historischem Boden, wo sich alle Kriegereigenschaften, die seinen Namen verherrlichen, sojagalen vor seinen Augen entwickeln. Dazu möge in Betracht gezogen werden, daß Hindenburg in wenigen Wochen gemeinsam mit dem ganzen deutschen Volk

begehen wird. Das ist ein Alter, das in der Bibel als Grenze für den Menschen gilt. Hindenburg fühlt, daß er eines Tages über sein Leben und seine Handlungen Rechenschaft vor der Gerechtigkeit des Schicksals abgeben muß. Was er in Tannenberg sagte und vor

in Frankfurt auf einer Tagung der mitteldeutschen Unternehmer hielt, und in der er seinen Zuhörern Wesen und Verknüpfung der Gewerkschaften mit der gesamten Wirtschaft nahe zu bringen suchte. Das Gelingen

„Denn ich sage zu denen sagte. der Kollertinge-
dante habe sich durchgelebt in der Form der Gewerks-
schaften. Die Gewerkschaften stellen eine notwendige
Erforderung der modernen Wirtschaft dar. Wenn die
Gewerkschaften nicht beständen, hätte man sie schaffen
müssen. Den Gewerkschaften sei es zu verdanken, daß
die Löhne verbessert worden wären. Damit sei die
Konsumkraft gestärkt und so schließlich die Produktion
und der Wohlstand der Gesellschaft erhöht worden.
Nun ist eine industrielle Zusage gewiß kein Ort für
eine Gewerkschaftsbildung.“

Wohi aber wäre es
 nicht möglich gewesen, wenn auch Herr Dr. Bücher
 etwas freier geworden wäre, wie es bei Herrn
 Dr. Silberberg in Dresden vor Jahresfrist der Fall
 war. Die an sich freundliche Stellungnahme zu den
 Bücher'schen Darlegungen hindert die Gemeindefür-
 sorge nicht, durch ihr Organ nun ihrerseits son-
 derbar zu werden und als eine Voraussetzung für eine
 geistige Kooperation ihrerseits zu erklären:

„Wir halten diese geistige Kooperation nur dann für möglich, wenn die Arbeiter wirklich als an der Wirtschaft aktiv beteiligt anerkannt werden, indem ihrer aktiven Beteiligung Raum gegeben wird durch ein Mitbestimmungsrecht in den führenden Organen, welche die Entlohnung der Wirtschaftsorganisation heute schon ergibt, und in anderen Organen öffentlich-rechtlicher Art, die geschaffen werden müssen, um die Wirtschaft weiterhin durchzusteuern.“

Die Gewerkschaften denken dabei an die Aufnahme von Vertretern der Arbeiterschaft in die Leitung der Industrie- und ähnlicher Unternehmerorganisationen, die Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Gewerbetreibenden zu paritätisch besetzten Wirtschaftskammern. Zusammenfassend schließt das Organ des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Wir werden auch die Verfolgung unserer neuen Ziele, die Vertretung unserer vom Breslauer Gewerkschaftsrat formulierten Forderungen um Frage der Wirtschaftsverfassung ebenso unermüdblich betreiben, wie einst die Vertretung jener Ziele, die heute zum Teil ihrer Anerkennung und Erfüllung gefunden haben. Wir sind überzeugt, daß wir damit beitragen zu der Schaffung der Voraussetzungen, der materiellen wie der geistigen, für die Leistung von Qualitätsarbeit“.

Die Gewerkschaften wissen nach der Bäckerschen Rede noch nicht, was sie hinsichtlich der Wirtschaftsdemokratie von dem Unternehmertum zu erwarten haben. Dieses aber umgekehrt weiß, daß die Gewerkschaften an der Wirtschaftsdemokratie als dem letzten gewerkschaftlichen Ziele, unheimlich festhalten und aus

den Veteranen beizugeben — daß die deutsche Armee in den Krieg gezogen ist mit reinem Herzen und reinen Händen und daß sich das deutsche Volk gegen die ihm drohenden Gefahren verteidigte, — das alles ist eine gemeinsame Ueberzeugung aller Deutschen. Hindenburg wandte sich erneut bei dieser Gelegenheit gegen die gegen das deutsche Volk gerichtete Anklage, den Krieg graufam geführt zu haben. Im Grunde, die französischen Zeitungsblätter nicht; daran erinnern, sagte Stresemann fort, daß in der letzten Zeit in Frankreich Heben geführt worden sind, die Hindenburg zu dieser Sprache herausgefordert.

haben. Im übrigen ist der Höhepunkt der Rede des deutschen Reichspräsidenten – und das ist ein Wunsch, der bereits hundertmal zum Ausdruck gebracht wurde – das ein unparteiisches Schiedsgericht prüfen und beschließen soll, was sich im Sommer 1914 hinter dem diplomatischen Netz heimlich zugetragen hat. Gleichzeitig mußten, was nach meiner Ansicht noch wichtiger ist, die Ereignisse präzisiert werden, die sich in den Tagen vor 1914 abgepielt haben. Herr Briand hatte seine Rede in Genf mit den Worten beendet:

„Den Frieden durch Schiedsgerichte“.

Man verlangt das Schiedsgericht: verfahren für wirtschaftliche Fragen, man verlangt es für finanzielle Fragen; man verlangt es für die verschiedensten Dingen. Wenn dieser Grundsat der beste ist, um den Frieden unter den Völkern zu erhalten, warum soll er nicht anwendbar sein für moralische Fragen von höchster humanitärer Bedeutung, die eine viel schwerere Last für ein ganzes Volk bedeuten, als die schiedsgerichtlichen Entscheidungen über irgend ein materielles Problem. Schließlich möchte ich einen Punkt betonen hervorheben. Das schlaube Streben, das sich in ganz Deutschland in der letzten Jahren zeigt und das danach geht, das deutsche Volk von der Verantwortung zu befreien, daß es für den Krieg allein verantwortlich ist, ist ein sehr böses.

weisen hohen masselichen Wert von in Deutschland

der Friedensliebende beizutreten.

Das deutsche Volk empfindet die Diktum als ein schwere Befeldigung, nach der die schredliche Katastrophe des Weltkrieges auf die alleinige deutsche Initiative zuruckzufuhren ist. Es ist leicht verstandlich, das es sich nicht vor einer Entscheidung beugen kann, wo die Richter gleichzeitig die Klager sind. Dabei sind auch die Bestrebungen des deutschen Volkes nicht im Widerspruch mit der Friedenspolitik, die Deutschland unverandert befolgt. Vom Standpunkt der Tagelast des Völkerverbundes aus betrachtet, kann niemand die Idee eines derartigen Schiedsgerichtes verfahren ablehnen. Sollte das Verfahren für die Aufklärung der Kriegsschuld derzeit nicht erreicht werden können, so wird die Geschichte, die sich mit diesen Ereignissen beschaffen wird, urteilen. Vor dem Urteil der Geschichte werden sich alle Völker beugen müssen.

allen Prästen auf die Verwirklichung desselben hinarbeiten gewillt sind.

Erfreulich ist aber als Ergebnis der Stellungnahme des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes unter allen Umständen, daß von einem Klassenkampf viel früher nicht mehr die Rede ist, vielmehr die Aussprache einen durchaus sachlichen Charakter trägt, und von dem Willen zu einer sachlichen Zusammenarbeit getragen ist. Anders stellt sich der politische Flügel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, zu der Transfuxter Tagung. Ihre Presse hat entdeckt, die Erfolge der bisherigen Umstellung in unserer Wirtschaft infolge der Nationalisierung hätten „die industrielle Herrschaftsklasse“ in einen Tausel verfest, sodaß sie meine, auf eine Mitarbeit der Arbeiterklasse verzichten zu können. Wörtlich heißt es sodann: „Der Kurs ist klar und eindeutig; man will die Gewerkschaften ausschalten, wenn es geht, vernichten, und die Mittel dazu sind Werkzeugschaft und Werkschule.“ — Dabei hebt die Gewerkschaftszeitung selbst hervor, das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Rastl,

„erklärte mit erheblichem Nachdruck und in ausführlicher Darlegung, daß die vom „Dinia“-Institut ausgehenden Bestrebungen zur Veranblichung der Facharbeitern (wie überhaupt die gesamten Arbeiten des Dinia) nicht gegen die Gewerkschaften gerichtet sein sollen. Mit alledem „soll und braucht die Tendenz der Abkehr von den Gewerkschaften nicht verknüpft zu sein“ und „auch das Dinia ist keine Einrichtung zur Bekämpfung der Gewerkschaften“.

Es gehört die volle politische Verblendung eines Sozialdemokraten dazu, wenn man, wie es hier geschieht, die Dinge völlig umkehrt. Was hier geschrieben steht, ist das rund um Gegenteil dessen, was auf der Frankfurter Tagung geredet und gewollt wurde. Diese Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse ist ein Beleg dafür, daß die Verantwortung, die Herr Silberberg in Dresden von der Sozialdemokratie verlangte, sie anscheinend auch heute noch nicht auszufragen gewillt ist. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben alle Verantwortung, gegen das Treiben der sozialdemokratischen politischen Bewegung aus protestieren, die anscheinend das nicht will, was Geheimrat Bücher als unbedingte Voraussetzung für unsern wirtschaftlichen Wiederaufbau bezeichnet, nämlich die vollständige wirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Arbeiterkraft und Unternehmertum im Produktionsprozeß.

(Berlin, 24. Sept. (Drabtb.)

Parteitage haben selbstverständlich den Zweck eines Agitationsmittels und müssen dementsprechend auch bewertet werden. Man braucht es darum nicht allzu tragisch zu nehmen, wenn der eine oder andere Parteirebner in der Hitze des Gefechts sich etwas vergreift und zum Zweck der Verherrlichung der eigenen Partei die Verdienste der übrigen in den Schatten zu stellen bemüht ist. Was man aber verlangen kann und muß, ist, daß bei einer solchen Zogung seine jeweiligen politischen Tendenzen zu Tage treten. Diese Forderung gilt um so mehr, wenn es sich um eine Koalitionspartei handelt, von welcher man christliche Zusammenarbeit mit den übrigen in der Koalition vertretenen Parteien erwarten muß. Und in dieser Beziehung bietet leider der Verlauf des deutschen nationalen Parteitages Anlaß zu trüben Beobachtungen. Es war gewiß anzuerkennen, daß der Führer, Graf Westarp, in seiner Eröffnungssrede darauf bedacht war, bei Erörterung des Kampfes um die Auslegung der sogenannten Richtlinien Loyalität zu betonen. Er hatte auch den Mut, seine publizistischen Organe in die Schranken zu weisen, welche die Richtlinien nur wie einen leeren Fegensack behandeln. Aber selbst bei diesen Darlegungen des Grafen Westarp blieb so mancher Streitpunkt offen. So vertritt er z. B. die Ansicht, daß die Propaganda für die Monarchie und für Schwarzweißrot keinen Verstoß gegen die Richtlinien bedeute. Dazu haben wir uns schon geäußert. Der entscheidende Kernpunkt in dieser Frage ist die Art, wie diese Propaganda aufgezogen wird. Und gerade in dieser Hinsicht wird Graf Westarp nicht bestehen können, daß die deutschen nationalen Agitatoren in einer Weise über das Ziel hinausschießen, die mit einer christlichen Haltung der Richtlinien kaum mehr etwas zu tun hat.

Die Angelegenheit bekommt aber einen noch bedeutlicheren Anstrich dadurch, daß Graf Westarp in seiner Schlüsselforderung die Ausführung macht, die seiner begriffswerten Wahnung bei Eröffnung der Tagung, die Richtlinien loyal zu respektieren, praktisch ins Gesicht schlägt. Westarp sagte nämlich, daß die Deutschnationalen in Wort und Tat an der geschichtlichen Heberlieferung und deren unveräußerlichem Symbol Schwarz-weiß-rot ebenso festhielten wie an dem Ziel der „Befreiung von wesenfremder Staatsform“. Diese Worte müssen umso schwerer ins Gewicht fallen, als sie am Schluß der Tagung gesprochen wurden und eine Art Bilanz der Verhandlungen darstellen. In den Richtlinien haben sich die Deutschnationalen zum Schutz der Verfassung in ihrer Gesamtheit verpflichtet. In Königsberg aber verkündete der Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen als Ergebnis der Verhandlungen und Ziel der Partei die Befreiung von der angeblich wesenfremden Staatsform. Das sind Dinge, die sich nicht vereinbaren lassen. Wollen die Deutschnationalen das deutsche Volk von seiner „wesenfremden“ Staatsform befreien, so sollen sie das offen tun; dann können sie aber nicht in einer Regierung vertreten sein, die den Schutz der Verfassung dieser Staatsform zum Programmpunkt gemacht hat.

Die Eingetretene des Grafen Westphal hat somit zweifels-
los die in innerpolitische Lage sehr er-
schwert. Sie klingt wie eine Kampfansage an
die Weimarer Verfassung, die doch die
Grundlage unseres Staates bildet. So können die
Dinge nicht weiter gehen. Es ist schon eine starke
Belastung, daß die deutschnationale Presse Tag für
Tag gegen die Republik und ihre Führe zu Felde
zieht. So ist es ganz unmöglich, daß der Führer der
stärksten Regierungspartei die Verfehlung von einer
Verfassung, auf welcher doch die Staatsform beruht,
geradezu zum Programm punkt erhebt. Wenn die
Deutschnationalen die Richtlinien in dieser Weise
auslegen wollen, haben sie für uns kaum noch Wert.
Halbheiten und Zweideutigkeiten sind nicht tragbar.
Die offizielle deutschnationale Parteileitung wird da-
her nicht daran vorbeikommen, klipp und klar endlich
Farbe zu bekennen. Es ist keine erpressliche Zusam-
menarbeit mit einem Koalitionspartner möglich,
bei welchem man nicht weiß, wie man mit ihm dran ist.

Die Völkerbundsversammlung.

Loucheurs und ^{Wirtschafts}bi-Anhänger die Weltwirtschaftskonferenz.

× Genf, 23. Sitzung: Die Völkerverständigung kann heute nicht die Weltwirtschaftsreform nach sich ziehen, sondern nur den Frieden zwischen den Nationen fördern. Die Völker werden sich nicht durch den Verzicht und einen weiteren von Moskau erlassenen Verdict über die Bedeutung zu einer Staatenkonvention unter Vorbehalt einer späteren Ratifizierung genehmigt haben. In dem von Scheuchter erlassenen Verdict über die Weltwirtschaftskonferenz wird erklärt, daß die Ergebnisse infolge der Zusammenfassung dieser Konferenz unfreiwillig die Meinung der berufenen und maßgebenden Wirtschaftskreise darstellten. Der Verdict erinnert an die Förderung, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann im Rat der Weltwirtschaftskonferenz andeuten ließ und begründete die beiden vom zweiten Auschuß angenommenen Entschlüssegen aus zwei

